

Deutschland.

□ **Berlin, 30. Juli.** Wie ein Gespenst, das nicht zur Ruhe kommen kann, geht die Nachricht von einer französisch-belgisch-holländischen Zollverbindung, die zugleich ein politisches Zusammenschließen der drei Staaten zur Folge haben soll, noch immer durch die Presse. Die Alarmisten, die in Paris immer noch ihr Wesen treiben, sehen darin ein Mittel, Preußen mit Frankreich in Zwiespalt zu bringen. Eine Korrespondenz sieht namentlich Preußen durch diesen Plan in eine Alternative gestellt. Wenn nämlich Belgien, von dem in erster Reihe die Rede ist, auf die französischen Zumuthungen eingehen sollte, würde Preußen in die Lage kommen, sich zu widersetzen; würde aber andererseits Belgien sich den französischen Zumuthungen widersetzen, so würde Frankreich jedenfalls an die Annexion Belgiens denken, was natürlich zu einem Konflikt Preußens mit Frankreich führen würde. Preußen soll denn nach der Korrespondenz bereits auch einen bestimmten Plan gefaßt haben, um den aggressiven Schritten Frankreichs entgegenzutreten; es soll dann Rastatt besetzen und damit quasi Süddeutschland dem norddeutschen Bunde einverleiben wollen. Es liegt auf der Hand, daß dies Alles nur müßige Konjekturen sind, welche ihre Entstehung der Hitze oder dem Mangel an besserem politischen Stoff verdanken. Wenn der Gedanke einer Zollvereinigung Frankreichs mit Belgien und Holland wirklich in einigen französischen Köpfen spulen sollte, so würde sich Preußen schwerlich große Sorgen machen und jedenfalls nicht nach Plänen suchen, diesem französischen Projekt entgegenzutreten, denn dasselbe würde jedenfalls zunächst dem kräftigsten Widerstand in Belgien und Holland selbst begegnen. — In Nassau geben einzelne Kreise, die namentlich in einem dortigen Winklerblatt der „Mittelshein. Ztg.“, ihr Organ finden, ihre Mißstimmung gegen die neue Ordnung der Dinge zu erkennen. Wenn man die schmutzigen schlecht stilistischen Artikel dieses Blattes liest, sollte man glauben, ganz Nassau wäre ein Herd der Unzufriedenheit. Dies ist natürlich keineswegs der Fall. Es spricht sich nicht nur in allen an die Behörden oder an den Thron gelangenden Kundgebungen in dem ganz entgegengesetzten Geiste aus, sondern es läßt sich auch aus den unbefangenen Äußerungen der Masse der Bevölkerung die Zuversicht fassen, daß sich dieselbe mit Treue und Jannigkeit an den preussischen Staatskörper anschließt. Man darf nicht vergessen, daß in Nassau der Geist der Opposition und der Splitterrichterkeit früher nicht ganz ohne Berechtigung groß geworden ist. Dieser Geist will Beschäftigung haben und wendet sich jetzt, wenn schon ohne Grund, gegen die neue Regierung. Die angelegliche Mißstimmung in Nassau soll nach diesen demokratischen Winklerblättern namentlich zwei Gründe haben, nämlich das jetzige Steuersystem und die jetzigen Militärverhältnisse. Die große Masse der Bevölkerung ist nun aber durch das preussische Steuersystem in keiner Weise mehr belastet als früher, es sind dies höchstens die Stadtbewohner, die indessen für die nicht bedeutende Mehrbelastung durch den Aufschwung entschädigt werden, den Industrie, Handel und Verkehr in Folge der Verbindung mit einem großen Staatskörper nehmen. Was die neuen Militärverhältnisse betrifft, so ist man daran gewöhnt, von Seiten der Demokraten Geschrei gegen das Militär überhaupt erheben zu sehen und giebt auf dasselbe daher auch nur wenig. Jeder Einsichtige wird zugestehen, daß das preussische Militärsystem für die Wehrhaftigkeit Preußens und Deutschlands notwendig ist und auch so vortrefflich befunden wird, daß es Nachahmung im Auslande findet. Die nassauische Bevölkerung aber wird sich um so weniger beklagen können, das Ihre zum preussischen Militärsystem beizutragen, als sie das ja auch thun müßte, selbst wenn Nassau Preußen nicht einverleibt worden wäre. Alle diese Zustände liegen für jeden tiefen Blick so klar und sind in Nassau auch schon so oft ausgesprochen worden, daß die Bestrebungen einiger Wähler, von denen man nicht einmal weiß, woher sie ihre Austräge erhalten, schwerlich Erfolg haben werden. Erwähnt mag dabei noch werden, daß diesen Leuten, die ewig über Unträglichkeit der jetzigen Zustände schreiben, ihr Wählerhandwerk unter der früheren nassauischen Regierung für immer gelegt worden wäre, wenn sie auch nur den hundertsten Teil von dem gegen die frühere nassauische Regierung geschrieben hätten, was sie jetzt tagtäglich gegen die preussische Regierung vorbringen. — Die Vertagung der Bundesräthe des norddeutschen Bundes und des Zollvereins wird wahrscheinlich noch in dieser Woche stattfinden. — Die „Provinzial-Correspondenz“ enthält eine Reihe von Privatmittheilungen über den Ausfall der Ernte in der Provinz Preußen, aus denen hervorgeht, daß sich die Ernteaussichten dort im Ganzen ganz erfreulich gestalten und viel günstiger sind, als nicht nur die übertriebenen Besorgnisse und Ankündigungen gewisser Blätter, sondern auch die Angabe von ruhiger und besonnener Seite erwarten ließen. Wenn man übrigens die Mittheilungen der „Provinzial-Correspondenz“ mit anderen Berichten vergleicht, so ergibt sich, daß das halbamtliche Blatt die günstigen Berichte eher noch abdämpft und daß letztere im Ganzen jedenfalls noch ein besseres Gesamtergebnis erwarten lassen, als die offizielle Vorhersage bis jetzt noch konstatiren will. Das Gesamtbild der Verhältnisse der „Provinzial-Correspondenz“ läßt sich dahin resumiren, daß die Roggenernte im Ganzen einen reichlichen Ertrag liefert, daß die Sommerfrüchte einen mäßig guten Ausfall zeigen oder verheissen und daß die Kartoffelernte günstige Aussichten eröffnet. — In den liberalen Zeitungen wird bekanntlich für eine Konfessionslose Schule in Breslau viel Lärm gemacht. Es ist hierbei daran zu erinnern, daß die Liberalen vor Kurzem noch im Abordnen für Errichtung eines katholischen Gymnasiums in der Provinz Posen gestimmt haben. Man sieht um so mehr hieraus, wie viel Sinn in der liberalen Opposition liegt, als die Errichtung eines katholischen Gymnasiums in der Provinz Posen eine tiefe

politische Bedeutung hat, insofern dort katholisch und polnisch vollständig identisch ist.

Berlin, 30. Juli. Sr. K. H. der Kronprinz, Höchsterwählter der Jubelfeier der Universität zu Bonn beizuhören wird, wird am 2. August Abends dort erwartet.

— Die Kronprinzliche Familie wird dem Vernehmen nach nächsten Dienstag nach Potsdam zurückkehren.

— Wie bekannt, wird die russische Kaiserfamilie vom 20. August an auf einige Wochen in dem Schlosse des Prinzen Alexander auf dem Heiligenberg des benachbarten Zugenheim residiren. Wohl nicht aus materiellen Gründen, sondern aus solchen der Courtoisie, beabsichtigt man nun preussischer Seite, der russischen Familie eine direkte Telegraphenleitung zur Verfügung zu stellen und erbat sich zu diesem Zweck die Ueberlassung einer geeigneten Räumlichkeit in dem Schlosse von dem Prinzen Alexander, was jedoch erfolglos war.

— Nach den neuesten Nachrichten aus Barzin schreitet die Besserung in dem Befinden des Grafen Bismarck fort, obwohl derselbe noch fortwährend an Schlaflosigkeit leidet.

— Der Kultusminister v. Mülller hat sich gestern Abend zur Jubelfeier nach Bonn begeben. Der Finanzminister v. d. Heydt begiebt sich morgen zunächst gleichfalls nach Bonn, wird aber demnächst noch einen längeren Urlaub nehmen.

— Der Handelsminister hat unter dem 1. d. allgemeine Bestimmungen zur Sicherung des Betriebes auf den preussischen Staats- und unter Staatsverwaltung stehenden Privat-Eisenbahnen erlassen.

— Das „Journal de St. Petersburg“ veröffentlicht das folgende vom 17. Juli datirte Rundschreiben des Fürsten Gortschakow an die Vertreter Russlands im Auslande: „In Beantwortung des neulichen Vorschlages des Kaiserlichen Kabinetts, bezüglich der Abfassung eines Protokolls für die Ausschließung der Explosionsgeschosse, hat uns das Berliner Kabinet eine Mittheilung zukommen lassen, in welcher die preussische Regierung, indem sie das von uns vorgeschlagene Prinzip annimmt, den Wunsch äußert, ihm die möglichste Ausdehnung zu geben, indem man dasselbe auf alle jene Zerstörungsmittel anwendet, welche die Fortschritte der Wissenschaft der militärischen Kunst zur Verfügung stellen, die aber jene Grenzen überschreiten, welche die Mächte im Interesse der Menschlichkeit den Erfordernissen des Krieges zu setzen einig sind. Da diese Prüfung technische Kenntnisse erfordern würde, regt das Berliner Kabinet den Gedanken an, nach St. Petersburg sachkundige Kommissare zu entsenden, welche die Frage zu prüfen und das Protokoll zu unterzeichnen hätten, in dem das Einverständnis der Mächte niedergelegt wäre. Unser erhabener Gebieter hat diesem Vorschlage des Berliner Kabinetts zugestimmt, und Sie sind auf Befehl des Kaisers ermächtigt, denselben der Regierung, bei der Sie beglaubigt sind, zu übermitteln und sie einzuladen, uns gefälligst die Verfügungen mitzutheilen, welche sie demgemäß zu ergreifen für gut findet, es sei nun, daß sie einen Spezialkommissar entsendet oder ihre Vollmachten ihrem hiesigen Vertreter übermitteln. Wollen Sie hinzufügen, daß, da der Kriegsminister im Begriff steht, sich in's Ausland zu begeben, wo er bis zum 27. September zu bleiben gedenkt, der Zusammentritt der Kommissare zu dem oben angedeuteten Zweck auf den 13. Oktober bestimmt werden könnte.“

— In Petersburg soll im Oktober d. J. ein Kongreß der Direktoren sämtlicher höheren Schul-Anstalten aus allen Theilen des Reiches stattfinden und von demselben u. A. auch die Ferienfrage berathen werden. Nach einem Generalberichte über das Ferienwesen stellte sich heraus, daß an mehreren Anstalten zu den 138 Ferientagen — Weihnachts-, Oster-, Pfingsten-, Sommerferien u. — und den 52 Sonntagen, 30 Kirchen- und 25 Galsferientagen auch noch 10 Lokalfertigkeiten traten, so daß im Jahre 255 Tage gefeiert wurden (einige Sonn- und Feiertage müssen doch auch in die Ferien gefallen sein und also von der Gesamtsumme abgerechnet werden); für den Unterricht verblieben nur 110 Tage oder 3½ Monat vom ganzen Jahr. Dieses Ferienmaximum ist natürlich nicht in Petersburg oder in der Nähe, sondern wohl nur in Belgien erreicht worden, wo der Himmel hoch und der Kaiser weit entfernt ist.

— Den günstigen Nachrichten über das Befinden des Bundeskanzlers gegenüber wird dem Berliner Korrespondenten der „Hamb. Nachr.“ zufolge von einigen Seiten darauf hingewiesen, daß an eine Rückkehr zu den Geschäften vor dem Spätherbst doch nicht zu denken sei. Aus diesem Umstand werden Zweifel an der wirklich fortschreitenden Genesung des Bundeskanzlers herguleitet gesucht. Allein es versteht sich doch wohl von selbst, daß nach solchen Ueberanstrengungen, wie die letzten Jahre dem Bundeskanzler gebracht, eine längere Erholung auch bei günstigem Stand der Gesundheit wünschenswert bleibt, wenn die Verhältnisse es irgend erlauben. An den wichtigsten Entscheidungen nimmt der Minister Theil, eine mögliche Beschränkung in den laufenden Geschäften wäre nicht nur bis zum Herbst, sondern bleibend wünschenswert. Die Aufgabe eines ersten Ministers im norddeutschen Bunde ist für lange Zeit noch eine so außerordentlich schwierige, daß sie die Sammlung der ganzen Kraft selbst der stärksten Natur auf die Hauptaufgaben erfordert.

Gené, 30. Juli. Der König hat gestern den Gouverneur von Mainz empfangen. Heute Vormittag waren der Minister Graf Jpenpliz und der Regierungs-Präsident v. Dieß zum Vortrag befohlen. Am Nachmittag begiebt sich der König mit Gefolge nach Koblenz, wo das Diner bei der Königin Augusta eingenommen wird.

— Der Handelsminister Graf von Jpenpliz, der Regierungspräsident v. Dieß, der Geheimrath Hendl und der Berghauptmann Blume haben sich heute Nachmittag nach Selters begeben, um wegen der beabsichtigten Erweiterung der dortigen Brunnenlokalitäten

in Verathung zu treten. Dieselben werden sich alsdann nach Marienberg im Westerwald begeben, um Maßregeln zur gründlichen Abstellung des dortigen Nothstandes anzuordnen. — Eine Deputation aus Homburg hat den König zu einem Besuch eingeladen.

Bad Homburg, 28. Juli. Die Saison ist überaus glänzend. Die Zahl der Fremden beläuft sich heute auf 19,862 inkl. der täglichen Passanten. Letztere betragen täglich 4—5000. Unser ganzes italienisches Opernpersonal, Artot, Patti, Berger, Agnelli u. s. w. ist für die nächsten Saison der Opera italien in Paris engagirt; wir haben herrliche Vorstellungen, und das Haus ist ausverkauft trotz der hohen Preise (10 Fl. der Platz). — Der König von Preußen wird nächste Woche einen Ausflug nach Wiesbaden und hierher machen.

Darmstadt, 30. Juli. Die „Darmstädter Zeitung“ meldet: Der Großherzog hat dem Obersteuerath Fabrizius gestattet, der Seitens des Präsidiums des Zollbundesraths an denselben ergangenen Berufung als Vereinsbevollmächtigter bei der Provinzialsteuerdirektion in Hannover, dem Großherzoglich oldenburgischen Zolldepartement in Oldenburg und der Herzoglich braunschweigischen Zoll- und Steuerdirektion in Braunschweig Folge zu leisten.

Aus Schwaben, 27. Juli. Mit ernsthafter Besorgniß horcht die gute Mutter Suevia auf Kunde von dem Betragen ihrer Söhne, welche die Festreise nach Wien angetreten haben. Die Hitze befördert die Deutlichkeit der Bedenken, und Vielen mag noch von dem letzten Wahlkampf her das Gemüth mehr als gewöhnlich befeuert sein. Leider sind gleich die ersten Nachrichten für die Mutter betäubend und demüthigend ausgefallen. Schon innerhalb der Grenzen des süddeutschen Bundes bot sich die Gelegenheit zu einem Skandal. In Augsburg war der Extrazug der Würtemberger ziemlich gleichzeitig mit dem Extrazug der Schweizer, der Borsarberger und Allgäuer angekommen. Die bayerische Bahnverwaltung hielt es nun für zweckmäßig, bis München die beiden Züge zu verbinden, anstatt zwei Separatzüge auf einer Strecke hintereinander gehen zu lassen, auf der zwei andere Züge demnächst von München herüber kommen mußten. Als aber die Würtemberger hörten, daß sie, die so und so viel tausend Gulden für ihren Extrazug bezahlt hatten, 1½ Stunden lang im selben Zug mit den Schweizer Schützenbrüdern fahren sollten, erhob sich ein Schreien, Loben und Schimpfen über diese Unbill, daß die Bürger Augsburgs meinten, jetzt wohl werde ihnen mancher klar, was ihnen bisher im politischen Leben des Nachbarstaats unverständlich geblieben. Als die bayerischen Bahnbeamten vermitteln wollten, wurden sie in größtlicher Weise insultirt, und mit Schimpfworten überhäuft, und erst als rundweg erklärt wurde, daß, wer jetzt nicht einsteige, zurückbleiben müsse, brüsketen die Krakeeler sich dazu, ihre Sitze in den durch die Zusammenkoppelung mit dem Schweizer Zug entheiligten Wagen wieder einzunehmen. Bei den Schweizern mag dieser Vorgang wohl recht brüderliche Gefühle für die angehenden schwäbischen Republikaner erweckt haben.

Ausland.

Wien, 29. Juli. Nun kommen wirklich die Schmerzenskinder zu Worte. Hoffentlich haben sie sich nun für immer ausgesprochen und werden die Bankeite der folgenden Tage, zu denen sich die Schützen zwischen ihrer vormittägigen Waffenarbeit und dem Nachmittagsgessen vereinigen, mit diesen politischen Hergens-erleichterungen verschont bleiben. Herr Karl Mayer aus Stuttgart führte in seiner Rede Folgendes aus:

„Ihr seid Alle einig in dem Gedanken, daß, so weit seit 1866 Deutschland liegt, es nicht bleiben kann. Wir Alle haben das Gefühl, daß uns ein Unträgliches auferlegt ist durch die Zerstückelung des Vaterlandes. Dort ist der norddeutsche Bund, wie ihn Preußen mit Blut und Gewalt geschaffen hat; dort ist Oesterreich durch den Prager Frieden ausgeschlossen aus dem Zusammenhange mit der Nation; und hier sind wir, der Süden von Deutschland, wir sind mehr im Unglücke, als die übrigen zwei, denn wir sind gänzlich zerstückelt und gänzlich zerstückelt. — Dort ist Preußen, das ist eine starke Macht, das gilt in der Welt, und die Völker und die Potentaten haben sich gewöhnt, nichts mehr zu thun, ohne in ihre Rechnung Preußen mit hinein zu ziehen. Und hier ist Oesterreich, stark Gottlob, noch nicht überwunden, wie es seine Geschicke so oft gelehrt hat, durch Niederlagen, neugestärkt durch Freiheit. Nun wir, wir vielen Mäner des Südens, wir sind in einer rein unerträglichen Lage, wir haben denselben Anspruch, wie Ihr anderen Deutschen, bei der großen Mutter zu sein, und nicht abseits in Hütten zu wohnen. — verlangen es, mit Euch unter dem großen Dache, unter der Kuppel der nationalen Einheit zu stehen, mit Euch, mit Preußen, mit dem Nordbunde. Unser Gedanke ist nun der: Vor Allem soll der Süden selbst unter sich zusammentreten, damit er wieder etwas gelte in der Welt. Wir verlangen einen parlamentarisch-militärischen südwestdeutschen Bund, das ist unsere Forderung. Wir haben dann auf der einen Seite die Thatsache, daß drei deutsche Reichstage vorhanden sind, der norddeutsche, der österreichische und der süddeutsche Reichstag, und auf der andern Seite haben wir die Thatsache, daß Bedürfnisse vorhanden sind, die sich gar nicht anders schlichten, regeln und verwalteten lassen, als durch den Zusammentritt dieser drei Körperchaften. Wenn ein solches Bündniß vorliegt, was ist dann natürlicher, als daß sich die drei die Hand reichen zur gemeinschaftlichen Ordnung.“

Herr Trabert aus Hanau brachte einen Loos auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker aus und schloß demselben unter Anderem folgende Worte voraus:

Deutsche Männer! Es ist einmal die Sage gegangen, irgendwo in dieser Halle sei ein Trommler aufgestellt, der den Gedanken, der sich ein Bißchen zu hoch in die Politik verheigen würde, durch einen gewaltigen Wirbel daran zu erinnern hätte, daß die irdischen Schranken doch noch sehr nahe seien. Wenn der Trommler doch irgendwo versteckt sein soll, so bitte ich ihn, wenigstens insoweit, als ich spreche, die Trommelstöße recht weit von sich zu werfen, denn ich spreche hier als Wählerpreuße, als ein Mann, hinter welchem als schützender Genius ein gewisser Herr Kreuz steht, und ich spreche daher über alle Maßen loyal. Meine Herren! Wir sind hierhergekommen, nicht um Sie aufzufordern zum Kreuzzuge der Befreiung, denn wir wissen sehr wohl, wir feiern hier ein gemeinsames Fest des Friedens, ein gemeinsames für den Norden und Süden. Aber das Eine wenigstens, meine Herren, werden Sie mir und meinen Freunden gestatten, daß wir hier Zeugniß dafür ablegen, daß wir trotz Allem, was hinter uns liegt, festhalten an dem uralten Kernspruche: das Recht muß doch wieder zum Rechte werden. (Lebhafte Beifall.) Es muß zum Rechte werden,

